

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

17.06.2022

Inhalt

EWN

1 | **Kreml droht mit Totalausfall von Nord Stream 1**

DIE WELT, 17.06.2022 3

Kreml droht mit Totalausfall von Nord Stream 1

Gaspreis steigt stark. Bund prüft Einschränkung der Wärmeversorgung im Winter

Die russische Regierung hat mit einem vollständigen Stopp der Gaslieferungen gedroht. Es sei "nicht ausgeschlossen", dass mit der Pipeline Nord Stream 1 die wichtigste Versorgungsleitung für Deutschland komplett außer Betrieb gehe, sagte Russlands EU-Botschafter am Donnerstag beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. "Ich denke, das wäre eine Katastrophe für Deutschland", sagte er der russischen Zeitung "Kommersant".

Die Äußerung heizt den Nervenkrieg um die Sicherheit der Energieversorgung weiter an. Erdgas ist mit einem Anteil von 26 Prozent am Verbrauch nach Mineralöl der zweitwichtigste Energieträger für Deutschland. Ohne die Lieferungen aus der Nord-Stream-1-Pipeline gilt es als ausgeschlossen, dass die hiesigen Speicher bis zum Wintereinbruch hinreichend gefüllt werden können. Gazprom hatte die Liefermengen in den letzten Tagen bereits zweimal, zuletzt auf ein Niveau von 40 Prozent, verringert. Zur Begründung hieß es, eine defekte Kompressorstation in Russland könne nicht repariert werden, weil Kanada die nötigen Turbinen von Siemens Energy nach der Reparatur in Montreal festhalte. "Uns ist nur bekannt, dass es dort wirklich Probleme mit den Turbinen und mit der Reparatur gab, einige Turbinen kommen nicht zurück, sie werden irgendwo zurückgehalten", erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Es handele sich nicht um Absicht von russischer Seite, sagte er. "Das ist ein Problem, das gar nichts mit uns zu tun hat."

Die Bundesregierung hält diese Begründung für vorge-schoben. Es gehe Moskau lediglich darum, während des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Kiew Unruhe zu verbreiten und die Gaspreise nach oben zu treiben, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Wenn dies das Ziel Putins war, hatte er Erfolg: Die Gaspreise stiegen am Donnerstag rasant auf über 140 Euro pro Megawattstunde und damit auf ein Vielfaches des langjährigen Durchschnittswerts von 20 bis 30 Euro. Den privaten und industriellen Gasverbrauchern drohen mit der Jahresabrechnung 2023 extrem hohe Nachzahlungen für das Jahr 2022. Gerade

für Mieter und Vermieter könne es "eine böse Überraschung geben", sagte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, der "Rheinischen Post".

Obwohl der nationale Notfallplan Gas private Verbraucher als besonders schützenswert einstuft, prüft die Bundesregierung bereits Eingriffe in die Wärmeversorgung privater Haushalte. "Im Mietrecht gibt es Vorgaben, wonach der Vermieter die Heizungsanlage während der Heizperiode so einstellen muss, dass eine Mindesttemperatur zwischen 20 und 22 Grad Celsius erreicht wird", sagte der Behördenchef. Dies könnte zumindest zeitweise abgesenkt werden.

"Von einer staatlichen Absenkung der Mindesttemperatur für Wohnungen halten wir nichts", kritisiert der Deutsche Mieterbund. Eine pauschale Absenkung der Temperatur könne Menschen in schlecht gedämmten Häusern besonders belasten, zudem bestehe die Gefahr von Schimmelbildung, hieß es. Auch seien die Wärmebedürfnisse der Menschen sehr unterschiedlich, sagte Sprecherin Jutta Hartmann und verwies auf die Situation vor allem alter, kranker Menschen.

"Mieterinnen und Mieter brauchen jetzt Rechtssicherheit und zielführende Entlastung für die bevorstehende Nebenkostenabrechnung anstatt staatlich angeordneter Temperaturabsenkungen", sagte der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten. Einige Wohnungsunternehmen gingen bereits von Nachzahlungen in Höhe von zwei Monatskaltmieten aus. "Der Gesetzgeber muss jetzt sicherstellen, dass Mietern nicht gekündigt werden kann, wenn sie ihre hohe Nachzahlung nicht innerhalb von 30 Tagen zahlen können."

Auch die Industrie warnt vor den Folgen. "Die Gefahr einer akuten Gasmangellage spitzt sich weiter zu", sagte Christian Seyfert, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Industriellen Kraftwirtschaft. Es sei besorgniserregend, dass jetzt auch die Befüllung der Gasspeicher an Tempo verliere. Nach dem Energiespar-Appell von Wirtschaftsminister Habeck, wonach es "jetzt auf

jede Kilowattstunde ankommt“, sei es unverständlich, dass die Bundesregierung selbst nicht alle Optionen nutze. „In der aktuellen Situation müssen die Gaskraftwerke, die nur Strom erzeugen, unverzüglich durch andere Kraftwerke aus den vorhandenen Reserven ersetzt werden“, fordert Seyfert. „Auch bei der geplanten Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke muss

allen politisch Verantwortlichen klar sein, dass diese Maßnahme den Erdgasverbrauch noch einmal deutlich erhöht. Wir halten das für einen sehr riskanten Weg.“

„Das ist ein Problem, das gar nichts mit uns zu tun hat.“ - Dmitri Peskow, Kremlsprecher